

BLICKPUNKT PLENUM

21. bis 23. Februar 2017

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde
im Hessischen Landtag



Landesregierung hat Lehrkräftemangel verschlafen

Die Landesregierung hat versäumt, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um dem sich seit Jahren abzeichnenden Lehrkräftemangel an hessischen Schulen entgegenzuwirken. Es ist ein Armutszeugnis, wie in den letzten Jahren auf Lehrerbedarfe reagiert wurde. Die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten wurden nicht angepasst und an der Uni in Kassel ist noch nicht einmal der Studienplatz für Förderschulen angeboten worden. Obwohl seit langem feststeht, dass auch mit Blick auf Inklusion in diesem Bereich viele Lehrkräfte fehlen.

Fakt ist: Die Landesregierung hat seit Beginn der Wahlperiode keinerlei Anstrengungen unternommen, um eine ausreichende Lehrkräfteversorgung an hessischen Schulen sicherzustellen, obwohl sie selbst mindestens seit 2015 einen erhöhten Bedarf im Förder- und Grundschullehramt prognostizierte. Verschiedenste von der Opposition vorgeschlagene Maßnahmen z.B. zur Ausweitung von Aus- und Weiterbildungskapazitäten wurden ohne Gegenwürfe oder eigene Konzepte abgelehnt. Als Resultat reicht die derzeitige wie auch zukünftige Anzahl der zur Verfügung stehenden Lehrkräfte mit entsprechender Lehrbefähigung nicht aus, um den Bedarf insbesondere an Grund-, Förder- und beruflichen Schulen sowie in der inklusiven Beschulung zu decken. Das Herausögern von Pensionierungen oder die Reaktivierung von Pensionären ist dabei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es kann auch nur das letzte Mittel sein, wenn alle anderen Maßnahmen versagt haben, und das ist offensichtlich in Hessen der Fall. Das gleiche gilt für die wachsende Anzahl von Verträgen mit Personen ohne entsprechendes Lehramt, die nun in Grund- und Förderschulen verpflichtet werden. Wir kritisieren seit Jahren, dass erfahrene und bewährte Vertretungslehrkräfte nicht fest eingestellt, sondern mit befristeten Verträgen abgespeist werden. Ca. 5.000 Befristungen Jahr für Jahr haben mit dazu geführt, dass sich Nachwuchslehrkräfte in andere Bereiche orientierten, da das Land Hessen keine langfristigen Verbindlichkeiten eingehen wollte. Diese falsche Einstellungspraxis holt heute die Landesregierung ein und wird auf den Rücken der Kinder und Lehrkräfte ausgetragen. Wir fordern die Landesregierung auf, von den vielen Befristungen Abstand zu nehmen und Vertretungslehrkräften bei entsprechender Eignung unbefristete Arbeitsverträge anzubieten. Darüber hinaus müssen die Angebote für Weiterbildungsmaßnahmen verstärkt werden.

Wir fordern das Kultusministerium auf, die vielen Überlastungsanzeigen und „Hilferufe“ von Grundschulleitern/-innen endlich ernst zu nehmen und mehr Personal zur Verfügung zu stellen. Es ist unverantwortlich, die Grundschulen mit der schwierigen Integration von Flüchtlingskindern mit minimalen Deutschkenntnissen allein zu lassen. Gerade in diesem Bereich ist Unterstützung wie die Schulsozialarbeit dringend notwendig, aber hier entzieht sich das Land nach wie vor seiner Verantwortung. Sowohl die Bezahlung der Grundschullehrer als auch die der Schulleitungen muss dringend angepasst und verbessert werden. Unter den jetzigen Voraussetzungen wird sich kaum verlässliches Fachpersonal finden lassen.

Flughafen Kassel-Calden: Herabstufungsdebatte beenden!

Wir treten den wiederholten Forderungen von Linken und Grünen nach einer Herabstufung des Airports Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz energisch entgegen. Das gezielte Schlechtreden durch interessierte Kreise ist genauso kontraproduktiv wie der von schwarz-grün im Koalitionsvertrag aufgebaute Zeit- und Kostendruck. Beides schränkt die Entwicklungspotentiale gerade in der Startphase ein. Aktuell rund 800 Arbeitsplätze in 20 Unternehmen sowie ca. 2.200 indirekte Arbeitsplätze und eine Bruttowertschöpfung von 45 Mio. € be-

legen den wirtschaftlichen Nutzen. Noch gar nicht berücksichtigt ist dabei der mit Schauinsland und Sundair neu gestartete Flugplan, der auf viel Zustimmung stößt und gut gebucht wird.

Die ständige Debatte über eine Rückstufung zum Verkehrslandeplatz hat ausschließlich negativen Auswirkungen, denn sie kann keine Verbesserung im Betriebsergebnis bringen. Im Gegenteil: Wichtige Infrastruktureinrichtungen wie Tower, Kontrollzone und Instrumentenlandesystem müssen nach wie vor in Betrieb bleiben und stellen damit Kostenpositionen dar. Leiden würden dagegen erlösstarke Bereiche wie das wachsende Frachtvolumen sowie die generelle Geschäftsentwicklung. Auch wichtige Einnahmen durch Landungen und Abfertigungen wären nicht mehr realisierbar. Mit einem solchen Attraktivitätsverlust ginge auch ein Einbruch bei der Vermarktung von Gewerbeflächen einher. Das wird die SPD nicht zulassen. Die Investition ist erfolgt und jetzt gilt es, eine positive Entwicklung zu erreichen statt falschen Ideologien nachzuhängen. Wenn diese Landesregierung ernsthaft an einer positiven Entwicklung von Kassel-Calden interessiert ist und die Infrastruktur in Nordhessen stärken will, dann sollte sie endlich die Diskussion um eine Herabstufung beenden und Flagge zeigen!

Zurück in die Tarifgemeinschaft der Länder!

Hessen ist als einziges Bundesland nicht Mitglied in der Tarifgemeinschaft der Länder. Eine gemeinsame Tarifpolitik ist aber sinnvoll und notwendig. Deshalb muss der hessische Sonderweg endlich beendet werden. Wir fordern die Landesregierung auf, in die Tarifgemeinschaft zurückzukehren und umgehend mit den Ländern Verhandlungen hierüber aufzunehmen.

Darüber hinaus fordern wir, die Tarifiergebnisse auf die Beamten zu übertragen und diese nicht wieder mit „Null-Runden“ oder 1%-tiger „Erhöhung“ abzuspeisen. Viele Polizei- und Lehrkräfte haben aufgrund der großen Arbeitsbelastung und geringen Wertschätzung ihre Motivation verloren. Große Herausforderungen begegnen uns derzeit im Bereich der Inneren Sicherheit wie an Schulen. Doch diese Landesregierung ist trotz milliardenschwerer Steuermehreinnahmen nicht bereit, ihre Staatsdiener angemessen zu bezahlen. Wir fordern für alle die gleiche Erhöhung gemäß dem Tarifabschluss der Länder - sie dürfen nicht länger von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt werden.

Wir fordern mehr Unterstützung für Taubblinde

Taubblindheit ist mehr als die Summe von Blindheit und Taubheit. Durch diese Behinderung beider Sinnesorgane sind die betroffenen Menschen in ihrem Alltag erheblich stärker eingeschränkt als Blinde oder Hörbehinderte. Mit einer Änderung des Landesblindengeldgesetzes wollen wir das Landesblindengeld für Menschen mit gleichzeitiger Hör- und Sehbehinderung verdoppeln. Damit soll ein Nachteilsausgleich aufgrund der Mehrfachbehinderung erfolgen. Auch wenn es sich landesweit „nur“ um etwa 30 Personen handelt, ist es uns wichtig, für Taubblinde eine Verbesserung zu erreichen. Unsere Gesetzesinitiative sieht daher für diesen Personenkreis eine Verdoppelung des Landesblindengeldes von derzeit 586,26 € vor. Die jährlichen Mehrkosten belaufen sich auf ca. 210.000 Euro, die mehr als gerechtfertigt sind.

Frauenrechte stärken - Gleichberechtigung endlich realisieren

Die verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist auch in Deutschland noch immer nicht gesellschaftliche Realität geworden. Wir fordern eine Änderung der Hessischen Verfassung, damit das Land, seine Gebietskörperschaften und andere Träger der öffentlichen Verwaltung die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt. Wir fordern ein Gleichberechtigungsgesetz, mit dem der öffentliche Dienst in Hessen zum Vorbild für die Privatwirtschaft wird. Ziel ist es, Führungsfunktionen vermehrt mit Frauen zu besetzen und nicht auf dem Status quo zu verharren. Hessen soll bei neuen Arbeitszeitmodellen beispielgebend vorangehen. Gerade im öffentlichen Dienst sollen auch in Führungspositionen flexible Arbeitszeitmodelle die Regel und nicht die Ausnahme sein.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde